

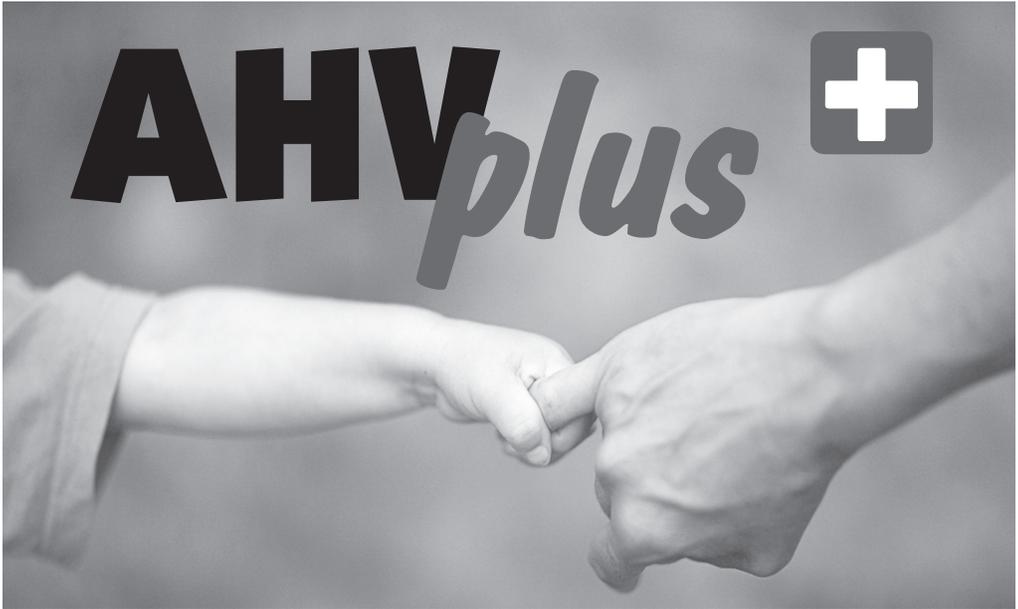


concret

Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni



Wer rechnet, stärkt die AHV

Von Peter Peyer

Die Altersvorsorge in der Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Sie basiert auf drei Säulen: Der AHV, der beruflichen Vorsorge (Pensionskasse) und dem privaten Sparen. Aber: Für viele Rentnerinnen und Rentner ist das 3-Säulen-Modell nur Theorie. Für 2/3 ist die AHV das wichtigste Einkommen, für 38 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Männer ist die AHV (inkl. Ergänzungsleistungen EL) gar die einzige Einkommensquelle im Alter. Nur 22 Prozent der Rentnerinnen und 34 Prozent der Rentner haben eine 3. Säule und rund 200 000 Personen beziehen EL. Das sind

Inhalt

Ja zur starken AHV	1
Ja zur Initiative «Grüne Wirtschaft»	4
Nein zum neuen Nachrichtendienstgesetz	5
Rückblick Wahlen	6
Grosser Rat	7
Unternehmenssteuerreform	8
Transparenzinitiative	9
Atomausstieg	10
Brexit	12
Leute: Xenia Bischof	13
Die SP 60+	14
JUSO	15
Letzte Seite	16



Eidg. Abstimmung vom 25. September 2016

immerhin 12 Prozent aller Rentenbeziehenden, wobei es hier eine grosse Dunkelziffer von Menschen geben dürfte, die Anspruch auf EL hätten, diesen aber – oft aus Scham – nicht geltend machen.

Die zweite Säule ist unter Druck. Obwohl wir in die Pensionskasse immer mehr einzahlen (derzeit im Durchschnitt 19 Prozent des massgebenden Lohnes), gibt es weniger Rente. Rentenverluste von bis zu 20 Prozent sind keine Seltenheit. Höhere Lebenserwartungen und Turbulenzen auf den Finanzmärkten lösen frühere Rentenversprechen quasi in Luft auf. Der Umwandlungssatz, also die Prozentzahl, mit der das angesparte Alterskapital in eine Rente umgewandelt wird, sinkt und sinkt. Zudem wollen Banken und Versicherungen an den angesparten Alterskapitalien von gegen 900 Milliarden Franken mitverdienen.

Die AHV hingegen ist stabil: Die Beiträge liegen seit 1975 unverändert bei 8.4 Prozent des Lohnes und werden im Gegensatz zu den Pensionskassen auch auf Millionenboni erhoben. Ein weiterer Vorteil der AHV (gerade für Junge und Frauen): Auch tiefe Einkommen und Teilzeitarbeit sind rentenbildend, und für Erziehungs- und Betreuungsarbeit gibt es Gutschriften auf das AHV-Konto. Zudem werden die AHV-Renten der Teuerung angepasst. Sicher ist die AHV auch, weil sie viel weniger stark den Kräften der Finanzmärkte ausgeliefert ist. Da sie den Grossteil der Einnahmen gleich

wieder ausgibt (im sogenannten Umlageverfahren, in dem die heute Erwerbstätigen die Renten der heute Pensionierten finanzieren), muss sie nur einen Bruchteil der Gelder anlegen, die in der zweiten Säule irgendwie rentabel angelegt werden müssen. Das macht die AHV auch äusserst effizient.

Keine AHV-Krise nirgendwo!

Allen Miesmachern zum Trotz: Die AHV war nie in der Krise. Während bei der Einführung der AHV 1948 noch 6.5 Personen im Erwerbsalter (20-64-Jährige) auf eine bzw. einen Über-65-Jährigen kamen, sind es heute noch 3.4 zu 1. Obwohl sich die Finanzierung der AHV damit auf weniger Schultern verteilt, waren die Renten stets sicher. Sie konnten sogar mehrfach erhöht werden. Die Erwerbstätigen müssen dazu auch nicht einen viel grösseren Teil ihres Einkommens für die AHV aufwenden. Der Anteil der AHV-Ausgaben am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen (dem Bruttoinlandprodukt BIP) blieb nämlich seit 1975 praktisch gleich, obwohl 1999 ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent dazukam. Die Rechnung geht auf, weil die Erwerbstätigen heute in der gleichen Zeit mehr produzieren und mehr verdienen. Entsprechend steigen bei der AHV trotz unveränderten Lohnprozenten die Einnahmen. Dank höherer Einkommen und mehr Beschäftigten federt die AHV seit über 65 Jahren die Kosten der älter werdenden Gesellschaft automatisch ab.



Peter Peyer, Grossrat und
Gewerkschaftssekretär,
Trin

Der Parteivorstand der
SP Graubünden fasste
einstimmig die **JA-Parole**

Diese Initiative des
Schweizerischen Ge-
werkschaftsbundes
(SGB) und seiner Verbän-
de wird von einer breiten
Allianz der Arbeitneh-
mer- und Rentnerorga-
nisationen unterstützt
(wie Travail.Suisse, Syna,
LCH, SBK, VSPB, ZV, VA-
SOS/AVIVO) sowie von
den Parteien SP, Grüne
und Juso.



Moderates Plus für die AHV

Statt die AHV schlecht zu reden, soll sie deshalb weiter gestärkt werden. Um das Rentenniveau zu sichern. Und um im Alter die «gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise» zu ermöglichen, so wie es die Bundesverfassung verlangt. Die

Initiative «AHVplus» will die AHV-Altersrenten um 10 Prozent erhöhen. Für je bescheidene 0,4 Lohnprozente von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden erhalten alle deutlich mehr Rente - im Schnitt pro Jahr CHF 2400 für Alleinstehende

und CHF 4200 für verheiratete Paare. Ein so gutes Preis-Leistungsverhältnis hat nur die AHV.

AHV stärken statt Rentenalter erhöhen

Die AHV ist eine gerechte Versicherung. Jeder und jede zahlt den gleichen Anteil des Einkommens, die Renten für die Reichsten sind aber plafoniert. Mit dem AHV-Fonds lässt sich auch nicht spekulieren. Das passt weder der bürgerlichen Parlamentsmehrheit noch Organisationen wie economiesuisse. Sie reden die AHV schlecht, weil sie den solidarischen Gedanken hinter diesem einzigartigen Sozialwerk ablehnen. Lieber möchten sie ein höheres Rentenalter und mehr Gewinne für Banken und Versicherungen. Deshalb braucht es jetzt ein deutliches Zeichen: Keine Rentenaltererhöhung, kein Sozialabbau, sondern JA zur starken AHV am 25. September 2016.



Zudem wollen Banken und Versicherungen an den angesparten Alterskapitalien von gegen 900 Milliarden Franken mitverdienen.



Mehr auch unter: www.ahvplus-initiative.ch

Der Initiativtext:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 10 (neu)

10. Übergangsbestimmung zu Art. 112 (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung)

- 1 Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer Rente.

- 2 Der Zuschlag wird spätestens ab Beginn des zweiten Kalenderjahrs ausgerichtet, das der Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände folgt.



Eidg. Abstimmung vom 25. September 2016

Enkeltauglich wirtschaften: JA zur Initiative «Grüne Wirtschaft»

Von Silva Semadeni

Die SP unterstützt die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft». Spätestens seit dem Klimagipfel in Paris im vergangenen Dezember wissen es alle: Die Wirtschaft der Zukunft ist grün. Die Rohstoffe – das Wasser, der Boden, die saubere Luft, die Artenvielfalt, die Reichtümer des Untergrunds und der Meere – sind wertvoll und wachsen nicht unbegrenzt nach. Die Umstellung auf eine «grüne» Wirtschaft würde endlich ermöglichen, Umweltprobleme wie Klimawandel, Urwaldabholzung und Überfischung konsequent zu bekämpfen und natürliche Ressourcen nachhaltig zu nutzen.

La Svizzera non è più all'avanguardia in questioni ambientali. Un esempio: Produciamo a testa 690 chilogrammi di rifiuti all'anno. È il tasso più alto in Europa. E l'85 per cento dei rifiuti di plastica vengono bruciati e producono così 1,2 tonnellate di CO₂.

Diese Wegwerfwirtschaft muss zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die auf langlebige Produkte setzt und Abfälle als Rohstoffe wiederverwendet. Auch in der Schweiz. Wir verbrauchen zu viele Ressourcen und zu viel Energie. Würden es uns alle Menschen auf der Welt gleichtun, bräuchten wir 2,8 Planeten, um den Bedarf zu decken. Wenn wir am 25. September 2016 die Initiative für eine «grüne» Wirtschaft

annehmen, dann haben wir Zeit bis 2050, um unseren unrühmlichen ökologischen Fussabdruck von 2,8 auf eine Erde zu senken. Dieses Ziel ist ambiziös. Es ist aber ein langfristiges Ziel, das wir Schritt für Schritt realisieren können, im Einklang mit dem internationalen Klimavertrag von Paris.

I cunvegns damai dad esser tranter ils emprims che ageschan, tant pli che cun midar gradualmain tar l'economia verda s'avran novs martgads, novas tecnologias, i s'augmenta l'effizienz productiva e la rentabilitad da las fatschentas ed i vegnan stgaffidas novas plazzas da lavur.

Ja, die Clentech-Branche kann wachsen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft wird gestärkt, die Auslandsabhängigkeit nimmt ab. Freiwillige Massnahmen der Wirtschaft genügen aber nicht, um uns auf diesem Weg vorwärts zu bringen. Darum sieht die Initiative zusätzlich Massnahmen zur Förderung von Forschung und Innovation, zur Ökologisierung von Produktionsprozessen und Produkten, zur Verbesserung des Recyclings sowie die Möglichkeit zur Einführung von Lenkungsabgaben.

Weil das Parlament den Gegenvorschlag des Bundesrates unter dem massiven Druck der Wirtschaft versenkt hat, sagen wir nun klar ja zur Initiative. Denn, wie die Navajo-Indianer sagen: «Wir haben die Erde nicht von unseren Vorfahren geerbt, sondern von unseren Enkeln geliehen.»



Silva Semadeni,
SP-Nationalrätin, Chur

Der Parteivorstand
der SP Graubünden
fasste einstimmig
die **JA-Parole**.

Eidg. Abstimmung vom 25. September 2016



Kevin Karst, Politischer
Sekretär JUSO GR, Chur

Der Parteivorstand der
SP Graubünden hat
einstimmig bei einigen
Enthaltungen die **NEIN-
Parole** beschlossen.

NEIN zum neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG)

Von Kevin Karst

Rein intuitiv scheint es nach den schrecklichen Terroranschlägen der letzten Wochen naheliegend, den Überwachungsstaat auszubauen, um weitere Anschläge verhindern zu können. Ich zeige nun aber anhand von vier Schlüsselfragen auf, weshalb das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) nicht die Lösung dafür ist, und wieso wir NEIN stimmen sollten.

1. Wie viel bringt das Datensammeln wirklich?

«Wenn man eine Nadel im Heuhaufen sucht, dann braucht man nicht noch mehr Heu.» Diesen Satz hört man in Bezug auf das NDG von der JUSO. Denn das unersättliche, planlose Sammeln der Daten aller BürgerInnen stellt alle unter Generalverdacht und ist vor allem ineffizient. Bis heute gibt es keine einzige Studie, die belegt, dass die massive Datensammlung und Vorratsdatenspeicherung wirklich Anschläge verhindern können.

2. Besteht die Gefahr eines Missbrauchs?

Nur die allergrössten OptimistInnen werden diese Frage mit Nein beantworten. Die Fichenskandale der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Nachrichtendienste mit ihrer Macht und Verantwortung nicht umgehen können und das Vertrauen der Bevölkerung immer wieder miss-

brauchen. Gerade wir Linken waren oft Opfer von Überwachung, in den allermeisten Fällen völlig zu Unrecht. Das darf sich nicht wiederholen.

3. Ist die Überwachung das einzige Mittel, den Terror zu bekämpfen?

Leider scheinen sich die meisten Menschen diese Frage nicht zu stellen, obwohl sie so wichtig wäre. Die Ansätze um Terroranschläge zu verhindern wären eigentlich vielfältig: Verhinderung von Ghettobildung durch gute Raumplanung, bessere Integration der MigrantInnen, Ausbau von Betreuungsangeboten für Jugendliche, ein Waffenexportverbot, etc. Stattdessen investiert man Unmengen von Zeit und Geld in die pauschale und ineffiziente Überwachung aller BürgerInnen. Hier müsste endlich ein Umdenken stattfinden.

4. Wie viel Freiheit sind wir bereit für die Sicherheit aufzugeben?

«Wer wesentliche Freiheit aufgeben kann, um eine geringfügige, bloss jeweilige Sicherheit zu bewirken, verdient weder Freiheit, noch Sicherheit». Dieses Zitat von Benjamin Franklin hat nichts von seiner Aktualität eingebüsst. Der Preis, den wir für völlige Sicherheit zahlen müssten, wäre viel zu hoch. Die Privatsphäre ist ein wesentlicher Teil der Menschenrechte und unserer Freiheit, und wir tun gut daran, diese Freiheit nicht leichtfertig aufzugeben.



Rückblick auf die Wahlen in Chur, Davos und Domat/Ems

Inspirierende Wahlerfolge, bauen wir darauf auf!

Philipp Wilhelm

«In den Stadtrat gewählt ist mit 4212 Stimmen: Patrik Degiacomi!» Diese Worte am 26. Juni im Churer Rathaus lösten endlose Freude und grosse Erleichterung aus: Die SP verteidigt den hart umkämpften Sitz der zurücktretenden Doris Caviezel-Hidber in der Churer Exekutive. Und wie! Patrik distanzierte seinen Kontrahenten deutlich, obwohl dieser im 2. Wahlgang für die (fast) vereinigten Bürgerlichen angetreten war. Der Erfolg ist dem fähigen und sympathischen Kandidaten und einer top organisierten und engagiert von vielen Helfenden umgesetzten Kampagne zu verdanken. Dies hat der Stadtpartei auch bei den Gemeinderatswahlen vom 5. Juni den grandiosen Stimmenzuwachs von 4.5% beschert! Gerade das Potenzial der Basiskampagne wurde in Chur eindrücklich demonstriert, indem mehr als 1000 Telefongespräche geführt wurden.

Siegreiche Wahlkämpfe feierten wir auch in Davos und Domat/Ems. Seit zwanzig Jahren regiert die SP in Ems mit und aktuell sitzen wir gar am oberen Ende des Regierungstischs – seit der Wahl von Bea Baselgia ins Gemeindepräsidium im Jahr 2008. Die engagierte Exekutivpolitikerin stand für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Wahl und so kämpfte die SP um den Verbleib im fünfköpfigen Gemeindevorstand. Das gelang

problemlos. Die neu antretende Silvia Bisculm Jörg erzielte sogar ein Glanzresultat und erhielt deutlich mehr Stimmen als alle Neukandidierenden. Ein Spitzenresultat feierten wir auch in Davos, wo die SP vor vier Jahren mit Stefan Walser wieder in die Exekutive eingezogen war. Die Wiederwahl schaffte Stefan am 5. Juni bravourös mit der höchsten Stimmenzahl, wodurch er Statthalter wird. Das bedeutet, dass der Landammann in der freisinnigen Hochburg während der kommenden Legislatur durch einen Sozialdemokraten vertreten wird.

Die drei Wahlerfolge inspirieren. Sie zeugen von konstantem kommunalen Engagement, das nicht nur traditions-gemäss in der Stadt, sondern auch in den klar bürgerlich dominierten Bündner Gemeinden Früchte trägt. Die Menschen erkennen, dass wir Lösungen für mehr Lebensqualität haben. Wir bringen Rezepte für mehr bezahlbaren Wohnraum, setzen uns für beste Schulen ein und engagieren uns für starke Infrastrukturen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir politisieren losgelöst von Einzelinteressen und zum Wohl der Gesamtbevölkerung. Ich gratuliere den Gewählten herzlich und bin überzeugt, dass wir durch eure Erfolge in unserem gemeinsamen Engagement für alle statt für wenige bestärkt und für bevorstehende Herausforderungen beflügelt werden.



Philipp Wilhelm, Präsident
SP Graubünden, Davos



Patrik Degiacomi,
Grossrats-Stellvertreter
und neu gewählter
Stadtrat (Amtsantritt am
01.01.2017), Chur

Grosser Rat nimmt SP-Fraktionsauftrag zur besseren Integration von Flüchtlingen an

Patrik Degiacomi

Die Zahl der in Graubünden lebenden anerkannten Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen hat sich von 2012 bis 2015 von 104 auf 315 verdreifacht. Kurzfristig dürften die Zahlen gar noch weiter steigen. Gemäss dem Diskussionspapier «Arbeit statt Sozialhilfe» der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS ist die Mehrzahl der Asylsuchenden jung. 2014 waren beispielsweise 55 % der eingereisten Asylsuchenden unter 25 Jahren.

Die nachhaltige Integration dieser Menschen in den Arbeitsprozess liegt in erster Linie in ihrem eigenen Interesse. »Sie wollen arbeiten, nicht Sozialhilfe«, bringt es der Beobachter in der Ausgabe 25/2015 auf den Punkt. Die Folgen ungenügender Integration sind Sozialversicherungs- und Sozialhilfekosten, Gesundheitskosten aber auch Sicherheitskosten. Sie treffen also auch die Allgemeinheit. Die SKOS warnt denn auch davor, dass aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen die Sozialhilfeausgaben von Kantonen und Gemeinden jährlich einem Kostenwachstum von 4 % ausgesetzt sein können. Sie spricht sich für deutlich stärkere Bemühungen in der Integration von Flüchtlingen aus. Auch wenn Graubünden schweizweit die besten Quoten in der Integration

hat, so gelingt es doch nur rund 29 % der anerkannten Flüchtlinge und 40 % der vorläufig aufgenommenen Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Gleichzeitig sieht sich die Bündner Wirtschaft aufgrund des demografischen Wandels einem sich zunehmend verschärfenden Fachkräftemangel ausgesetzt. Je länger je mehr Lehrstellen bleiben in Graubünden unbesetzt (2014: 566; 2015: 583). Weil gemäss SKOS bereits heute die Erwerbsquote von Personen ohne Berufsausbildung tief ist, ist es keine gute Perspektive, anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge dem Arbeitsmarkt generell als Hilfskräfte zuzuführen. Die berufliche Qualifikation und Integration von Flüchtlingen in den einheimischen Arbeitsmarkt ist daher eine Win-Win-Situation: für diese betroffenen Menschen, für die Bündner Wirtschaft und für die öffentliche Hand.

Die SP-Fraktion des Grossen Rates hat deshalb in der Februarsession 2016 einen Fraktionsauftrag eingereicht, der verstärkte Bemühungen des Kantons in enger Zusammenarbeit mit dem Bund, den Gemeinden und der Wirtschaft in der Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen fordert. Der Grosse Rat hat diesen Auftrag schliesslich in der Aprilsession mit 94 gegen 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen überwiesen. Jetzt müssen weitere Taten folgen. Die SP-Fraktion bleibt dran.



Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform

Unternehmenssteuerreform 3: Geschenke und Gewinne für Konzern-Eigentümer

Von Jaqueline Badran

Das wirtschaftliche Erfolgsmodell Schweiz beruht auf einem starken kaufkräftigem Mittelstand, einer guten Absicherung bei Alter, Erwerbslosigkeit und Behinderung, sowie hervorragende öffentliche Dienste: Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr und Strom werden zur Verfügung gestellt, ohne dass private Gewinne bezahlt werden müssen. Finanziert wurde das Ganze über eine faire und ausbalancierte Beteiligung sowohl der Kapital- als auch der Arbeitseinkommen.

Dieses Erfolgsmodell, das der Schweiz seit dem zweiten Weltkrieg realen Wohlstand für alle, massiv steigende Reallöhne und Wachstum gebracht hatte, wird seit Ende der 90er Jahre in sein Gegenteil verkehrt. Seit bald 20 Jahren machen wir steuerlich nichts anderes als Kapitaleinkommen zu entlasten und die Arbeitseinkommen zu belasten. Auf Bundesebene haben wir im Rahmen der ersten beiden Unternehmenssteuerreformen die Kapitalsteuer abgeschafft, das Holding- und weitere Privilegien für Konzerne eingeführt, die Dividendenbesteuerung halbiert und weitere Entlastungen für Kapitaleigentümer gewährt, sowie mehrfach die Stempelsteuern reduziert. Das hat zu Mindereinnahmen bei Bund, Kantonen und vor allem den Gemeinden von jährlich Milliarden Franken geführt.

Im Gegenzug haben wir Arbeit und Renteneinkommen massiv belastet. Die Lohnnebenkosten wurden erhöht, die Mehrwertsteuer wurde zwei Mal erhöht, LSVa und Tabaksteuer um Milliarden angehoben. In Kantonen und Gemeinden wurden Erbschaftssteuern abgeschafft, Unternehmenssteuern gesenkt, jedoch Einkommenssteuern kaum gesenkt oder gar erhöht und flächendeckend die Gebühren erhöht. Damit haben wir die Eigentümer belohnt und den kaufkräftigen Mittelstand dramatisch geschwächt.

Mit der Unternehmenssteuer-Reform III setzen wir diese krasse Fehlentwicklung fort. Zwar schaffen wir unfreundliche Konzern-Steuerprivilegien ab, schaffen aber neue Instrumente zur legalen Steuervermeidung für global agierende Grosskonzerne, die die abgeschafften Privilegien deutlich überkompensieren. Dies führt zu völlig unnötigen Milliardenausfällen jährlich in Bund, Kanton und Gemeinden. Die Kapitaleigentümer kommen so zu zusätzlichen Gewinnen. Gegenfinanziert wird das Ganze nicht etwa durch das Kapital, sondern durch alle, die von Lohn und Rente leben. Denn für diese bleibt kein Spielraum mehr, die Steuern zu senken. Im Gegenteil, es droht überall die Erhöhung der Einkommenssteuern, Kürzungen der Renten und Abbau von Leistungen. Die Unternehmenssteuerreform drei führt direkt zu zusätzlichen leistungsfreien Gewinnen der Eigentümer von Konzern finanziert durch Lohn- und Renteneinkommen. Das nennt man nicht Steuergeschenke, sondern geschenkte Gewinne. Das ist inakzeptabel. Deshalb muss dieser Vorlage unter jedem Titel eine klare Abfuhr erteilt werden.



Jaqueline Badran, Ökonomin & SP-Nationalrätin, Zürich

Die SP hat das Referendum gegen die USR III ergriffen. Die Sammelfrist läuft bis zum 6. Oktober 2016. Jetzt unterschreiben: www.sp-ps.ch oder www.wecollect.ch

Transparenzinitiative



Lukas Horrer, Parteisekretär SP Graubünden, Chur

Jetzt die Transparenz-Initiative unterschreiben!

Von Lukas Horrer

Eine breite Allianz lancierte kürzlich die «Transparenz-Initiative». Dem Trägerverein gehören unter anderem die SP Schweiz, die BDP Schweiz, die Grünen oder die EVP Schweiz an. Die Initiative verlangt, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen transparent machen müssen. Anonyme Grossspenden werden verboten. Parteien legen gegenüber der Bundeskanzlei ihre Rechnung und die Herkunft aller Spenden über Fr. 10 000 offen. Auch Personen und Komitees, die in einer Kampagne mehr als Fr. 100 000 einsetzen, sind verpflichtet, Grossspenden zu deklarieren. Die Zahlen werden vor der Wahl respektive der Abstimmung publik gemacht.

Unsere Demokratie braucht mehr Transparenz. Wahl- und Abstimmungskampagnen werden immer teurer: Mehr Plakate, mehr Inserate. Das kann man kritisieren. Zumindest haben die Wählerinnen und Wähler aber ein Recht zu wissen, woher die Gelder dafür stammen. Die Schweiz ist das einzige Land Europas, das keine Transparenz-Regeln kennt. Die Finanzierung von Parteien und andere Akteuren, wie z.B. Abstimmungskomitees, bleibt im Dunkeln. Man kann nur spekulieren, welche Lobby, welches Unternehmen oder welche vermögenden Einzelpersonen ihren Interessen mit sehr viel Geld zu mehr Sichtbarkeit verhelfen. Die Transparenz-Initiative ändert das.

International wird die Schweiz immer wieder für ihre intransparente Politikfinanzierung kritisiert. Die Greco (Staatengruppe gegen Korruption des Europarates) rügte die Schweiz wiederholt. Taten sind keine gefolgt. Im Gegenteil: Die rechte Mehrheit in Bundesbern schmetterte alle Vorstösse für mehr Transparenz ab. Es ist darum an der Zeit, das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Es ist im Interesse unserer Demokratie, dass das Vertrauen in die Institution Politik gestärkt wird. Transparenz-Regeln, die für alle gelten, leisten einen Beitrag dazu.

Und: Die Allianz ist breit. Die Initiative können wir gewinnen. Gemäss einer Umfrage von Vimentis befürworten 74 Prozent die Offenlegung der Parteifinanzen. Sehr viel weitergehende Forderungen auf kantonaler Ebene wurden nur sehr knapp abgelehnt (z.B. in BL oder AG). 44 Prozent stimmten im Aargau einer JUSO-Initiative zu. Die Initiative wollte nicht nur die Offenlegung von Spenden ab Fr. 10 000. Personen, die für ein öffentliches Amt kandidieren, hätten ihre gesamten finanziellen Verhältnisse offenlegen müssen. Vom Lohn bis zu den Ersparnissen.

Bringen wir zusammen Licht ins Dunkeln der Parteibilanzen. Darum: Jetzt auf www.sp-gr.ch Unterschriftenbogen drucken und unterschreiben. Oder ganz einfach online unter: www.wecollect.ch



Atomausstieg

JA zum Atomausstieg: Für Sicherheit und Wasserkraft

Von Kaspar Schuler

Die Schweiz stimmt am 27. November über den geordneten Atomausstieg ab. Das ist nötig, weil es der «Energiestrategie 2050» des Bundes an jeglicher Regelung zu den bestehenden fünf Schweizer Atomkraftwerke mangelt. Ein gut geplanter Atomausstieg ergänzt deshalb die Bundesstrategie, schafft Sicherheit für die Bevölkerung und wird auch die Wasserkraft und damit Graubünden stärken. Die strompolitische Schweiz befindet sich in einer Art Blindflug. Auch fünf Jahre nach der verheerenden und weiter schwelenden Atomkatastrophe von Fukushima will die Schweiz zwar aus der Atomkraft aussteigen – im Prinzip. Denn gesetzgeberisch festgelegt ist das bis heute nicht, da die «Energiestrategie 2050» im Parlament noch nicht zu Ende beraten ist. Was heute vorliegt, ist zwar ein durchdachter Masterplan für die Zeit nach der Atomkraftnutzung, doch kein Etappenplan für den Abgang der Atomkraft. Genau das braucht die Stromwirtschaft jedoch, damit Planungs- und Investitionssicherheit für jedes kommunale oder kantonale Elektrizitätswerk entstehen.

Die Schweiz im halben Atomausstieg

Wieso stecken wir in dieser Halbpatzigkeit? Bundesrätin Leuthard hat eine eigentümliche Strategie verfolgt und will offensichtlich die arg

gebeutelten Stromkonzerne Axpo & Alpiq schonen. Dort möchte man das AKW-Problem aussitzen, sei es um die grossen finanziellen Konsequenzen des AKW-Rückbaus auf die nächste Manager-Generation zu verschieben, oder um der Atomkraftnutzung doch noch eine Türe offen zu halten. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben: Die Milliardenkosten für AKW-Stillegung, Abbruch und Endlagerung kommen so oder so und die Handlungsfähigkeit der Konzerne stockt – wie auch die Schweizer Energiewende. Das geht auch auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung. Heute droht, dass die Schweizer AKW in ihrer letzten und schadenanfälligsten Betriebsphase unter hohem Risiko ausgefahren werden. Beznau I ist das Paradebeispiel. Es ist seit dem März 2015 aufgrund neu entdeckter Schwachstellen am Herzstück (dem Reaktordruckbehälter) ausser Betrieb, soll aber nach dem Willen der Axpo wieder ans Netz und bis 2030 laufen, das hiesse insgesamt 60 Jahre. Doch Beznau ist schon heute und bei weitem das dienstälteste AKW der Welt! Was eine Atomkatastrophe für die Schweiz bedeuten würde, zeigt die Illustration: Die grössten Agglomerationen würden unbewohnbar, denn dort, wo die Schweiz am aller dichtesten besiedelt ist, stehen die AKW.

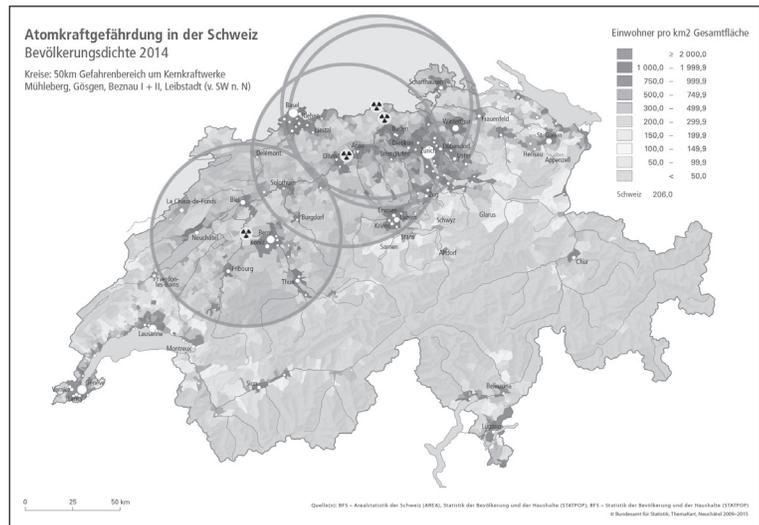
Atomausstieg schafft Sicherheit

Deshalb ist es gut und wichtig, dass die «Volksinitiative für einen geordneten Atomausstieg» im Herbst zur



Kaspar Schuler,
Geschäftsleiter Allianz
Atomausstieg und
Kampagnenkoordinator
Volksinitiative für den
geordneten Atomausstieg,
Malans

Weitere Infos:
www.geordneter-atomausstieg-ja.ch
www.atomausstieg.ch
www.umwelt-graubuenden.ch



Abstimmung kommt. Sie legt für alle 5 Schweizer AKW eine maximal 45-jährige Laufzeit fest. So gehen die zwei Reaktoren von Beznau und jener in Mühleberg 2017, jener in Gösgen 2024 und der jüngste in Leibstadt 2029 vom Netz. Damit wird garantiert, dass der Atomausstieg geordnet vons-tatten geht und die finanziell angeschlagenen AKW-Betreiber Axpo und Alpiq ihre betriebswirtschaftlichen Überlegungen nicht vor die Sicherheit der Bevölkerung stellen können.

Freie Bahn für die flexible Wasserkraft

Die Wasserkraft scheint unter Druck zu sein, da sie nicht mehr rentiere, wie von den Elektrizitätsverbänden immer wieder betont wird. Die ETH hat das 2014 untersucht und nannte folgende Gründe: Fortschreitende inländische Strommarktliberalisierung und sinkende Grosshandelspreise auf dem

europäischen Markt. Das wiederum kommt daher, dass in der EU der CO₂-Zertifikatehandel aus politischen Gründen nicht funktioniert, was zu einem viel zu günstigen Strompreis für Kohle- und Gaskraft führt. Zusammen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien gibt sich so ein Überangebot im Markt. Was uns als Schweizer Hebel zur Korrektur bleibt, ist die direkte Aufwertung der Wasserkraft durch den Atomausstieg. Bildlich gesprochen: Der Atomstrom verstopft die Leitungen und muss weg. Mit einem Ja zum geordneten Atomausstieg verhelfen wir dem ökologischen Energiemix zum Durchbruch und bringen die Wasserkraft ans Ende ihrer Durststrecke. Wir schaffen auch weitere, langfristig sichere Arbeitsplätze im Bau- und Installationsgewerbe. Denn diese Fachkräfte setzen die Energiewende um.



Brexit

Nationalstaat hin oder her – Gedanken zum Brexit

Von Jon Pult

Die Herausforderungen unserer Zeit sind grösser als jeder Nationalstaat. Daher brauchen wir Institutionen, die auch grösser sind als der Nationalstaat. Die EU ist eine der wichtigsten davon.

Nun wollen die Briten austreten. Das ist schlecht für Europa, das mit mehreren Krisen ringt. Richtig schlecht wird der Brexit aber für das Vereinigte Königreich selbst. Es wird jetzt politisch und wirtschaftlich, was es geografisch schon immer war: eine Insel am Rande Europas. Gut möglich, dass aus dem «grossen» Britannien schon bald ein «kleines» England wird.

Aber auch der Schweiz droht die Isolation. Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative birgt für uns ähnliche Gefahren wie der Brexit für das Königreich. Das Problem kennen wir: Eine Beschränkung der Einwanderung, ob mit Kontingenten, Höchstzahlen oder Inländervorrang, ist schlicht nicht mit dem Prinzip der Personenfreizügigkeit vereinbar. Damit stehen die Bilateralen Verträge und unser Zugang zum EU-Binnenmarkt zur Disposition. Für eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz ist das eine echte Bedrohung.

Darum brauchen wir eine neue Volksabstimmung mit einer klaren Fragestellung: Wollen wir die Bila-

teralen künden und die Isolation in Kauf nehmen, um die Einwanderung alleine zu steuern? Oder wollen wir die Bilateralen sichern und uns eine Zukunftsperspektive im Verhältnis zu Europa erhalten? Beides geht einfach nicht.

Die Schweiz braucht eine ehrliche Europadiskussion. Die isolationistischen Rezepte der SVP haben uns in den 90er-Jahren in die eine Rezession geführt. Und sie haben keine Mehrheit. Alle wichtigen europapolitischen Abstimmungen nach dem EWR-Nein hat die SVP verloren. Die einzige und knappe Ausnahme ist die Masseneinwanderungsinitiative, weil sich zu viele Bürgerinnen und Bürger von der SVP haben vorgaukeln lassen, die Schweiz könnte der EU die Spielregeln diktieren. Heute wissen wir: Das kann Grossbritannien nicht und die Schweiz erst recht nicht – weil die Personenfreizügigkeit die wichtigste Bürgerfreiheit der Europäerinnen und Europäer ist.

Die EU ist unser wichtigster Partner. Die Frage, die wir für unsere Zukunft diskutieren sollten, ist: Wollen wir wirklich darauf verzichten, bei der Gestaltung Europas mitzureden? Man kann diese Frage mit Ja beantworten. Nur darf man sich dann nicht beschweren, dass man nichts zu melden hat. Wer nicht mit am Tisch sitzt, kann nicht mitbestimmen. Und wer nicht mitbestimmen kann, ist nicht souverän. Nationalstaat hin oder her.



Jon Pult, Grossrat, Chur

Leute: Xenia Bischof

Churer Gemeinderätin



Xenia Bischof, neugewählte SP-Gemeinderätin, Chur

Jahrgang: 1963
Beruf: Selbstständige
Frauenärztin

Politische Ämter:
Gemeinderätin Stadt
Chur ab 01.01.2017
Vorstand Verein „adebar“
Mitglied Frauenzentrale
GR

Concret: Xenia, du wurdest im Juni in den Churer Gemeinderat gewählt. Was hat dich überhaupt motiviert, für die SP zu kandidieren?

Xenia Bischof: Mathis Trepp hat mich angefragt, ob ich mir das vorstellen kann. Ich habe schon länger mit Interesse verfolgt, was auf Gemeindeebene läuft. Mein Eindruck war, dass es mehr Gegengewicht zur rechtsbürgerlichen Dominanz im Gemeinderat braucht. Etwas zu beeinflussen in einem Gebiet, das ich selber sehr gut kenne, war die Motivation für mich zu kandidieren.

Wie hast du deinen ersten Wahlkampf erlebt?

Sehr positiv. Als ich jung war, ging ich viel auf die Strasse, war oft an Demos politisch aktiv. Der Wahlkampf hat mich an diese Zeit erinnert. Auf der Strasse sein, Leute ansprechen. Ich gehe gerne auf Leute zu, denn mich nimmt wunder, was sie denken. Für mich war der Strassenwahlkampf deshalb angenehm. Auch der Telefonwahlkampf bleibt mir in guter Erinnerung. Ich war überrascht, wie gerne die Leute diskutieren am Telefon. Unser Wahlkampf hat den Unterschied gemacht zu den anderen Parteien, die weniger direkt bei den Leuten waren.

Ging es dir bei den Demos damals vor allem um Gleichstellung?

Ich war an der Uni Basel viele Jahre in der Frauenkommission. Meine feministische Haltung wurde dadurch stark geprägt. Aber ich habe mich an

Demos auch für autonome Zentren eingesetzt: unabhängige Kulturzentren mit Treffpunktfunktion, Orte für Theater und Musik.

Zieht es dich als Frauenärztin die Gesundheitspolitik? Welche Politikbereiche interessieren dich sonst noch?

Gesundheitspolitik ist mir sicher wichtig. Da habe ich von Berufs wegen eine gute Einsicht und profitiere zudem von meiner Vernetzung. Aber auch Sozial- und Bildungspolitik ist mir in allen Facetten wichtig: Sport, Bildung, Kunst, die als Integrationsmassnahmen wichtig sind, Migrationsentwicklungen und vieles mehr.

Du bist sportbegeistert. Macht Chur genug für seine Sportlerinnen und Sportler?

Die Churer Vereine leisten wirklich sehr gute Arbeit. Andererseits ist die Infrastruktur veraltet. In den Turnhallen kämpfen wir mit Platzproblemen. Es braucht also grössere Sportanlagen und die aktuelle Umorganisation weckt Hoffnungen. Es besteht auf jeden fall noch Handlungsbedarf: Ein nationales Leistungszentrum beispielsweise für Unihockey wäre eine grosse Chance gewesen.



SP 60+ Rück- und Ausblick

SP 60+: Braucht es dieses neue «Kind» der Mutterpartei?

Von Hanspeter Bruns

Fangen wir mit einem kurzen Rückblick an: vor ca. sechs Jahren kam der Gedanke auf, für die älteren SP Mitglieder einen eigenen informellen Stamm einzurichten. Er kam aus verschiedenen Gründen nicht zustande. Unter anderem weil zur gleichen Zeit auf nationaler Ebene Bestrebungen im Gang waren, für die speziellen Anliegen der älteren Mitglieder ein Gefäss innerhalb der Mutterpartei zu etablieren: daraus wurde SP 60+. Was sprach – und spricht – dafür, eine Gruppierung 60+ innerhalb der Mutterpartei zu einzugliedern?

Der demographische Wandel bringt es mit sich, dass die Altersgruppe 60 + einen immer grösser werdenden Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmacht, was sich auch in der Mitgliederstruktur der SP niederschlägt.

Kontra-Pro Argumente bezügl. SP 60+

- Wir brauchen kein neues Sonderzögli in der SP
- SP 60+ stellt sicher, dass die Erfahrungen und das politische Know-how von älteren Mitgliedern vermehrt genutzt werden können
- Für die Alten ist in der SP gut gesorgt (z.B. Einsatz für AHV und Pensionskassen), da braucht es keine weitere Lobby
- SP 60+ sichert den Einbezug und die Beteiligung der Betroffenen bei alterspolitischen Diskussionen und

Entscheiden. SP 60+ sorgt dafür, dass ihre berechtigten Anliegen bei den – meist jüngeren – Anstössern und Entscheidern Gehör finden

SP 60+ tritt aktiv für die Wahrnehmung und Durchsetzung altersspezifischer Anliegen ein, von denen auch die nachkommenden Generationen profitieren. Hier eine kleine Auswahl:

- SP 60+ fordert Recht auf Arbeit ab 50!
- SP 60+ fordert bessere Renten für ein gutes Leben
- SP 60+ fordert eine Gesundheitspolitik für den Menschen
- SP 60+ Arbeitspapier: Öffentlicher Verkehr, öffentlicher Raum und Energie

Einige kurze Anmerkungen zur SP 60+ GR: die Mitgliederzahl beträgt 20+. Wir sind ein Flächenkanton, was Zusammenkünfte und Gedankenaustausch etwas erschwert. Seit einiger Zeit gibt es alle 2 Monate am 1. Samstag einen Stamm für SP 60+ GR Mitglieder und Sympathisanten Mein Anliegen als delegiertes Vorstandsmitglied ist u.a., dass wir noch stärker in der Sektion vertreten sind, denn heutzutage gilt: «Wer nicht wahrgenommen wird, existiert nicht.»



Hanspeter Bruns,
Vorstandsmitglied SP
60+, Chur

Zur Illustration:

Ständige Wohnbevölkerung nach Alter am Jahresende, in Tausend

	2015	2040	2060
40-64 Jahre	2884.4	2893.2	2775.7
65-79 Jahre	1087.9	1526.9	1472.2
80 Jahre u. älter	433.6	864,1	1071.09

(Quelle: Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundesamt für Statistik)



Ewa Bender, Co-Präsidentin JUSO GR, Chur

JUSO im Sommer

Während der Sommermonate gibt es oftmals nicht nur bei den Medien das sogenannte «Sommerloch», nein auch die Freiwilligenarbeit bleibt davon nicht verschont. Viele reisen in die wohlverdienten Ferien, erholen sich oder lassen ihre Seele baumeln. Das ist bei der JUSO nicht anders. Nichtsdestotrotz bleiben wir auch während des «Sommerloches» aktiv und kämpfen für die unsere sozialistischen Ziele. Hier möchte ich einige der Punkte hervorheben.

YES Summercamp

Wie jedes Jahr veranstaltet die Dachorganisation sozialistischer Jugendorganisationen in Europa (YES – Young European Socialists) ein Sommercamp. Dieses Jahr fand der internationale Kongress in Terrasini, Sizilien statt. Das YES Summer Camp hat eine lange Tradition und ist das Highlight für junge AktivistInnen in ganz Europa.

Dieses Jahr haben wir einen sehr symbolischen Ort ausgesucht, um über 1000 junge SozialistInnen und SozialdemokratInnen zu versammeln, welche ihren politischen Enthusiasmus, Wissen und Erfahrungen in Diskussionen, Workshops, politischen Seminaren und Konferenzen teilen.

Sizilien, mit der umwerfend schönen Natur und Geschichte, war ein inspirierendes Beispiel für die Implementierung von praktischen Möglichkeiten in Sachen Migrations- und Asylpolitik.

NDG-Referendum

Am 25. September wird über das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) abgestimmt. Wie schon beim Sammeln für das Referendum wird die JUSO natürlich auch bei der Abstimmungs-Kampagne den Lead haben. Die JUSO arbeitet intensiv und kämpft mit allen Mitteln gegen das NDG. Auch die JUSO Graubünden mischt tatkräftig mit und wird verschiedene Aktionen und Veranstaltungen dazu durchführen.

MBI – Mitbestimmungsinitiative

Die Arbeitsgruppe «MBI» war untermessen fleissig an der Vorbereitung unserer kantonalen Volksinitiative «MBI». Mit dieser Initiative fordern wir das kantonale, aktive und passive Wahl- und Stimmrecht für AusländerInnen, die seit mindestens 5 Jahren im Kanton Graubünden wohnen. Wir wollen, dass das Stimm- und Wahlrecht nicht nur allen SchweizerbürgerInnen, sondern allen niedergelassenen AusländerInnen, welche mindestens 5 Jahre im Kanton gewohnt haben, zustehen soll. Die definitiven Kriterien der Initiative stehen fest, ebenso das Initiativkomitee und das Logo. Zur Zeit arbeiten wir noch am Sammel- und Aktionsplan, erstellen eine Website und suchen noch unterstützende Organisationen für das Pro-Komitee. Lanciert wird unsere Initiative an unserer Vollversammlung vom 20. August 2016.

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 25. September 2016

Eidg. Vorlagen:

AHV-plus Initiative	JA
Initiative für eine grüne Wirtschaft Neues	JA
Nachrichtendienstgesetz	NEIN

Vorbereitung kantonale Wahlen 2018:

Wahlausschuss eingesetzt

Die SP Graubünden steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Dazu gehören die kantonalen Wahlen 2018: Unser bisheriger Regierungsrat Martin Jäger wird, wie angekündigt, nicht mehr antreten. Wir müssen unseren Sitz verteidigen. Zudem müssen wir das historische Resultat der Grossratswahlen von 2014 bestätigen. Zur Vorbereitung der Kampagne setzte die Geschäftsleitung einen Wahlausschuss ein. In einem ersten Schritt sucht der WAS Kandidaturen für die Regierung und den Grossen Rat. Sektionen und Einzelpersonen sind eingeladen, Kandidaturen oder Vorschläge beim WAS einzureichen. Die Frist dafür läuft bis zum 1. November 2016. Im Anschluss prüft der WAS die eingegangenen Kandidaturen und wird Gespräche führen. Dem WAS gehören das Präsidium (Phil-

ipp Wilhelm, Chatrina Josty, Lukas Horrer), ein Vertreter der Fraktion (Conradin Caviezel) und eine Vertreterin der GL (Tamara Gianera) an. Vorschläge können bei Philipp Wilhelm (wilhelm.phil@gmail.com) oder bei Lukas Horrer (Sekretariat, info@sp-gr.ch) eingereicht werden. Der Nominationsparteitag wird 2017 rund ein Jahr vor den Wahlen im Mai/Juni 2018 stattfinden.

Veranstaltungshinweis:

Auf der Suche nach der Seele Europas.

«Expedition Europa» heisst die Kolumne von Martin Leidenfrost, die unter anderem in der Südostschweiz erscheint. Jede Woche berichtet der Österreicher aus einer anderen Ecke Europas; von Bivio über Brüssel, von Schottland bis Montenegro. Was hält Europa zusammen, wo driftet es auseinander? Nach dem Brexit ein topaktuelles Thema! Martin Leidenfrost, der 10 europäische Sprachen spricht, liest am Freitag, 9.9.2016 um 20:00 auf Einladung der SP Graubünden im Kabinett der Visionäre (Sägenstrasse 75) in Chur. Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt frei.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

3/2016

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer (Redaktionsleitung),
Stefan Grass, Silvia Modalek,
Andri Perl
Versand: Peter Montigel,
Christian Brasser & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG,
Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 4/2016:
7. Oktober 2016